214. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover, Bereich: Misburg-Süd / ehemalige Bauschuttdeponie östlich Lohweg

Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Anschreiben vom 12.03.2010 bis zum 16.04.2010 durchgeführt.

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens:

Beteiligte	Schr. v.	Inhalt	Anmerkung d. Verw.
Region Hannover	16.04.10	Eine Prüfung hinsichtlich der Belange des Natur- schutzes und der Regio- nalplanung konnte noch nicht durchgeführt wer- den, um Fristverlängerung wird gebeten.	Zur Kenntnis genommen.
		Eine Stellungnahme aus abfallrechtlicher Sicht wird ggf. in der Beteiligung der Träger öffentlicher Belan- ge erfolgen.	Zur Kenntnis genommen.
		Aus wasserwirtschaftli- cher Sicht kommt auf- grund der Gegebenheiten weder eine Grundwasser- nutzung noch eine geziel- te Versickerung in Be- tracht.	Zur Kenntnis genommen, Ergänzung in der Begrün- dung
	08.07.10	Aus regionalplanerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass die geltende Festlegung einer Abfall-/Bauschuttdeponie im RROP durch Stilllegung der Anlage gegenstandslos ist. Ein Zielabweichungsverfahren ist nicht erforderlich.	Zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
		Eine Aufforstung werde aufgrund des Füllmateri- als auch aus Sicht der Region fachlich kritisch beurteilt. Es wird jedoch um Aufwertung der öffent- lichen Grünverbindungen gebeten.	Zur Kenntnis genommen. Das Ziel der Aufwertung der vorhandenen Grün- verbindung ist bereits im Vorentwurf der Begrün- dung benannt. Da eine Darstellung als Allgemeine Grünfläche im F-Plan be- reits besteht und die

Beteiligte	Schr. v.	Inhalt	Anmerkung d. Verw.
			Grünverbindung daher außerhalb des Ände- rungsbereiches liegt, wird das Ziel auf der B-Plan- Ebene berücksichtigt.
		Aus naturschutzfachlicher Sicht werde die Aufgabe der Aufforstung - für die allerdings keine Rechts- verpflichtung mehr beste- he - bedauert.	Zur Kenntnis genommen.
		Es wäre zu begrüßen, wenn die Stadt die Entwicklung einer gleich großen Waldfläche andernorts vorsehen würde, damit sich die Gesamtwaldbilanz nicht weiter verschlechtert. Geeignet wäre z.B. die östlich angrenzende Fläche, die heute schon einen Pionierwald aufweist. Eine entsprechende planungsrechtliche Sicherung wird vorgeschlagen. Auf die Stellungnahme des Nds. Forstamtes Fuhrberg wird verwiesen.	Der Pionierwaldbereich, der östlich des Änderungsbereichs auf Teilflächen im Bereich des Ostteils der früher betriebenen Mergelgrube entstanden ist, gehört zum Betriebsgelände der ansässigen Zementindustrie (HC Zementwerk Hannover GmbH) und wird für dessen Zwecke auch genutzt. Bereits zu Beginn des 34. Änderungsverfahrens zum F-Plan war Anfang der 80er Jahre auch die vollständige Verfüllung und die Aufforstung erwogen worden. Wegen der betrieblichen Erfordernisse der Zementindustrie (Abtransport von Abbaumaterial aus dem südlich der Bahnstrecke liegenden Steinbruch) konnte diese Absicht nicht weiter verfolgt werden. Es wird als sehr zweifelhaft beurteilt, ob eine Darstellung als Waldfläche auf dem Privatgrundstück heute durchsetzbar ist. Der Stellungnahme des Nds. Forstamtes ist zudem zu entnehmen, dass dieser

Beteiligte	Schr. v.	Inhalt	Anmerkung d. Verw.
			Pionierwald bereits als
			Wald im Sinne des Lan-
			deswaldgesetzes zu be-
			werten ist. Insofern unter-
			liegt er bereits dem Schutz
			gegenüber einer Wald-
			umwandlung. Daher könn-
			te eine Darstellung im F-
			Plan nur deklaratorischen
			Charakter haben, was
			aber keine Verbesserung der Waldbilanz bedeuten
			würde. Vielmehr ist die
			Landeshauptstadt Hanno-
			ver aktuell dabei zu prü-
			fen, welche Möglichkeiten
			im Stadtgebiet für Auffors-
			tungsmaßnahmen auf da-
			für geeigneten Flächen
			bestehen, auch als Beitrag
			zum Klimaschutz.
		Um die Wertigkeit für Na-	Die erforderlichen Unter-
		tur und Landschaft festzu-	suchungen werden in
		stellen und die Bewertung	fachlicher Abstimmung mit dem Fachbereich Umwelt
		für die Eingriffsregelung vornehmen zu können,	und Stadtgrün durchge-
		seien entsprechende Un-	führt. Die Ergebnisse wer-
		tersuchungen durchzufüh-	den im Laufe des Verfah-
		ren. Diese müssen sich	rens eingearbeitet.
		auf das Vorkommen von	J
		Reptilien (Zauneidechse)	
		und Vögel sowie von	
		Heuschrecken, Tagfaltern,	
		Wildbienen und Orchi-	
Ota III alada	44.04.40	deen erstrecken.	
Stadt Lehrte	14.04.10	Es bestehen keine Be-	
Polizeidirektion	07.04.10	denken. Es bestehen keine Be-	
Folizeidifektion	07.04.10	denken	
Bundespolizeidirektion	24.03.10	Belange nicht berührt	
Wehrbereichsverwaltung			
DB Services Immobilien	26.03.10	Bedenken bestehen nicht,	Zur Kenntnis genommen.
GmbH		wenn die Belange der	_
		Bahn berücksichtigt wer-	
		den (Abstimmung der Be-	
		pflanzung in Bahnnähe,	
		Blendfreiheit bei späterer	
		Photovoltaikanlage).	

Beteiligte	Schr. v.	Inhalt	Anmerkung d. Verw.
Nds. Forstamt Fuhrberg	14.04.10	Grundsätzlich wird zwar die Aufgabe der Walddarstellung bedauert und ein Grundwasserflurabstand von 30 m wäre allein nicht ausschlaggebend dafür, allerdings führe eine Aufforstung auf mit Bauschutt verfüllten Flächen oftmals nur zu unbefriedigenden Ergebnissen. Aus diesem Grunde bestünden keine Bedenken gegen die Planung.	Zur Kenntnis genommen.
		Darüberhinaus werde angeregt, an geeigneter Stelle im Stadtgebiet Aufforstungen vorzunehmen.	Möglichkeiten zur Aufforstung im Stadtgebiet sind nur in sehr geringem Maße gegeben, werden jedoch verfolgt (s.o.).
		Gegenüber dem östlich angrenzenden Pionier- wald sollte der im Norden geplante Lärmschutzwall an der Ostseite des Ge- ländes ergänzt werden. Dafür könnte auf die Fest- setzung eines Waldab- standes von 30 m verzich- tet werden.	Die Anregung des Forstamtes bzgl. eines Walles auch am Ostrand des Änderungsbereichs vorzusehen wird entsprochen. Diesen Vorschlag hatte das Baustoffaufbereitungsunternehmen zunächst selbst vorgeschlagen, war dann jedoch seitens der Verwaltung als nicht sinnvoll beurteilt worden. Die Darstellung erfolgt als Allgemeine Grünfläche.
Staatl. Gewerbeaufsichtsamt	06.04.10	Es bestehen keine Bedenken.	Zur Kenntnis genommen.
		Hinweis auf Berücksichtigung der Lärmschutzbelange gegenüber der Wohnbebauung Lohweg 12 - 20.	Lärmschutzanforderungen sind bereits Bestandteil der Planungen sowohl auf der Vorhaben- als auch auf der Bauleitplanungs- seite.
BezVerb. d. Kleingärtner			
BUND Industrie- und Handelskam- mer Hannover	17.03.10	Es bestehen keine Bedenken	
Handwerkskammer Hannover	16.03.10	Es bestehen keine Be- denken	
E.ON Netz	22.03.10	Belange sind nicht be- rührt, keine weitere Betei- ligung erbeten.	

Beteiligte	Schr. v.	Inhalt	Anmerkung d. Verw.
E.ON Avacon	17.03.10	Es bestehen keine Be-	
		denken, Belange sind	
		nicht berührt	
transpower	24.03.10	Belange sind nicht be-	
		rührt, keine weitere Betei-	
		ligung erbeten.	
PLEdoc u.a. für Ruhrgas	26.03.10	Hinweis auf Ferngaslei-	Bereits im F-Plan enthal-
		tung Teutonia (HC Ze-	ten.
		ment) am Nordrand.	
enercity / Stadtwerke	13.04.10	Es bestehen keine Be-	
		denken.	